



**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS**  
**LANDESVERBAND BRANDENBURG**

SPD BRANDENBURG, Alleestraße 9, 14469 Potsdam

Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirksvorsitzender  
Herrn Andreas Schuster  
PF 90 02 03  
14438 Potsdam

Potsdam, 12. 09. 2014

## Positionen der SPD im Landtagswahlkampf

Sehr geehrter Herr Schuster,

vielen Dank für die Übermittlung Ihrer Fragen und der Forderungen der Gewerkschaft der Polizei, die wir am 10. September erhalten haben. Dazu nehme ich als Vorsitzender der Programmkommission für die Brandenburger SPD gerne Stellung.

### 2020 ist Zukunft; gibt es einen Plan für JETZT?

Uns ist bekannt, dass von den Bediensteten der Polizei sowie von den Polizeigewerkschaften die im Jahre 2010 begonnene Polizeistrukturereform teilweise erheblich kritisiert wurde.

Die Polizeistrukturereform basiert auf einem Konzept der Expertenkommission „Polizei Brandenburg 2020“. In dieser Expertenkommission waren sehr unterschiedliche Spezialisten vertreten. Die von der Kommission zunächst durchgeführte Aufgabenkritik ergab, dass alle von der Polizei wahrgenommenen Aufgaben so ihre Berechtigung hätten und auch nicht verlagert werden sollten.

Im Anschluss an diese Aufgabenkritik hat es auch einen Vergleich mit anderen Ländern gegeben, wobei deutlich wurde, dass in Brandenburg im Verhältnis zur Bevölkerungszahl eine relativ hohe Polizeipräsenz und -dichte besteht.

Natürlich wurden bei der Erstellung einer Konzeption auch die Besonderheiten Brandenburgs berücksichtigt. Brandenburg ist ein Flächenland, was bedeutet, dass verhältnismäßig lange Wege zurückzulegen sind. Brandenburg verfügt über eine sehr lange Grenze zu Polen. Aufgrund des nach wie vor bestehenden Wohlstandsgefälles ist weiterhin mit einer relativ hohen Kriminalitätsbelastung im grenznahen Raum zu rechnen. Darüber hinaus befindet sich in der Mitte Brandenburgs die Metropole Berlin, was einen weiteren Kriminalitätsschwerpunkt darstellt, wie sich auch derzeit aufgrund der aktuellen Entwicklungen im Bereich der Wohnungseinbrüche und der Pkw-Diebstähle zeigt.

SPD BRANDENBURG  
Regine-Hildebrandt-Haus  
Alleestraße 9  
14469 Potsdam

Fon 0331 730980-0  
Fax 0331 730980-60  
info@spd-brandenburg.de  
www.spd-brandenburg.de

Mittelbrandenburgische  
Sparkasse Potsdam  
IBAN: DE61 1605 0000 3502 2379 04  
BIC: WELADED1PMB

 [facebook.com/SPDBrandenburg](https://facebook.com/SPDBrandenburg)  
 [youtube.com/SPDBrandenburg](https://youtube.com/SPDBrandenburg)  
 [twitter.com/ostkurve](https://twitter.com/ostkurve)

Seinerzeit hatte die Expertenkommission, wie Ihnen bekannt ist, eine Zielzahl von 7.000 Polizeibediensteten zugrunde gelegt. Hinzuweisen ist darauf, dass Brandenburg natürlich nicht über eine so geringe Polizeistärke verfügt; vielmehr war dies als notwendige Zahl prognostiziert worden. Daraufhin hat ein behutsamer und moderater Umbauprozess stattgefunden. Die sich anschließende Kriminalitätsentwicklung wich jedoch so erheblich von der Prognose ab, dass wir uns zu einer Korrektur der Zielzahl entschlossen haben. Wir gehen nunmehr von einer Personalstärke bei der Polizei von mindestens 7.800 aus.

Ich möchte an dieser Stelle unterstreichen, dass es bei der Reform nicht in erster Linie um Stellenstreichung ging. Vielmehr sollte sie Strukturen schaffen die es ermöglichen, die Brandenburger Polizistinnen und Polizisten so einsetzen, dass am Ende eine schlagfertige, effiziente und motivierte Polizei steht und das Land sicher bleibt.

### **Zukunftsorientierte Nachwuchsgewinnung**

Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass eine gut funktionierende Polizei zwingend voraussetzt, immer wieder neue und gut ausgebildete Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in den Dienst zu holen. Aus diesem Grund haben wir uns dazu entschlossen, künftig an der Fachhochschule der Polizei jährlich mindestens 250 Polizeianwärter neu auszubilden. Das sind mehr als doppelt so viele wie bisher geplant. Natürlich wird es notwendig sein, die aktuelle Personalbedarfsplanung fortzuschreiben, um genau einschätzen zu können, ob wir mit diesen neuen Polizistinnen und Polizisten auch in Zukunft auskommen werden.

### **Lebensarbeitszeit, Beförderungen und Besoldung**

Wesentliche Neuregelungen im beamtenrechtlichen Gesetzespaket, welches im letzten Jahr verabschiedet wurde, waren neben der Festlegung der Pensionsaltersgrenzen Möglichkeiten der Flexibilisierung und Modernisierung im Laufbahnrecht sowie notwendige Änderungen im Bereich der Besoldung.

Wir sind der Auffassung, dass die Polizistinnen und Polizisten in unserem Land gute Arbeit leisten und somit auch ein Recht auf eine leistungsgerechte Besoldung haben. Dies gilt natürlich auch für die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme von Tarifergebnissen. Mit dem brandenburgischen Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz haben wir die Besoldung und Versorgung mit Blick auf die Tarifergebnisse vom 9. März 2013 und die Ergebnisse des Gesprächs mit den Gewerkschaften vom 21. Juni 2013 übertragen. Danach erfolgte eine Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge um 2,65 Prozent ab 1. Juli 2013, eine anschließende Erhöhung der Grundgehälter um einen Sonderzahlungsbetrag von 21 Euro sowie eine weitere Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge um 2 Prozent ab 1. Juli 2014.

Hinsichtlich der Festlegung der Pensionsaltersgrenzen hat es eine sehr lange und auch sehr kontroverse Diskussion gegeben. In Anbetracht der Erhöhung der Regelaltersgrenze von Tarifbeschäftigten erschien eine Übertragung dieser geänderten Altersgrenzen auf die Beamtinnen und Beamten zwingend notwendig. Hierbei haben wir uns aber bemüht, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Regelaltersgrenze und besonderen Altersgrenzen zu erarbeiten. Aufgrund dieser Reduzierung, der Sonderbehandlung des gehobenen Polizeivollzugsdienstes sowie aufgrund der Vielzahl der geschaffenen Stufen und der abschließenden Übernahme der Altersgrenzen erst im Jahre 2029 halten wir den gefundenen Kompromiss für angemessen und ausgewogen. Die Verlängerung des aktiven Dienstverhältnisses ist auch möglich. Hier wurde die

aktuelle Rechtslage fortgeschrieben. Die Fristdauer der Verlängerung beträgt nach wie vor drei Jahre. Es ist möglich, diese in Anspruch zu nehmen, sofern ein besonderes dienstliches Interesse besteht.

Wir haben auch die Laufbahnen insgesamt flexibler gestaltet. Nunmehr ist ein Laufbahnwechsel unter erleichterten Voraussetzungen möglich. Anstelle des Verwendungsaufstiegs haben wir sogenannte Überlappungsämter geschaffen. Und natürlich werden wir uns auch in Zukunft dafür einsetzen, den seit vielen Jahren bestehenden Beförderungsstau abzubauen.

Um die qualitativ hochwertige Arbeit der Polizei weiterhin zu gewährleisten, streben wir eine Anhebung des Stellenanteils des gehobenen Dienstes an. Ob sich allerdings der von der GdP geforderte Mindestanteil von 75 Prozent realisieren lässt, können wir noch nicht abschließend einschätzen.

### Evaluierung der Polizeireform

Die Personalvorgaben haben sich maßgeblich an den Aufgaben der Polizei zu orientieren. Vor Beginn der Polizeistrukturereform hat eine Aufgabenkritik stattgefunden, wie ich bereits ausgeführt habe. Danach erfolgte, unter Berücksichtigung der Spezifika Brandenburgs sowie unter Beachtung eines Vergleichs mit anderen Bundesländern, eine Festlegung der Zielzahl sowie das Überdenken der vorhandenen Strukturen.

Eine Vorgabe des Landesparlaments an die Landesregierung im Rahmen der Polizeireform war es, zu gewährleisten, dass die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen weiterhin auf höchstem Niveau erhalten bleibt, dass die Polizeipräsenz in der damaligen Stärke bestehen bleibt und dass die Interventionszeiten auf dem bisherigen Niveau erhalten bleiben. Auch die Sicherheitssituation auf Straßen und Autobahnen sollte weiterhin auf hohem Niveau garantiert werden. Dies waren und sind die Anforderungen, die wir an unsere Polizistinnen und Polizisten stellen. Und wir haben nach Wegen gesucht, die Strukturen so zu verändern, dass die Polizei insgesamt optimal aufgestellt ist. Sie soll nicht zuletzt in der Lage sein, den sich verändernden Herausforderungen gerecht zu werden.

In der Vergangenheit sind bei der Umsetzung der Reform Probleme aufgetreten. Bei einer Reform von diesem Ausmaße ist das wenig verwunderlich. Sobald diese Defizite festgestellt waren, hat der Innenminister reagiert und etwa den Streifendienst aufgestockt.

Auch haben wir alle Polizeistandorte mit einer Ausnahme in Potsdam erhalten. Ob die Notwendigkeit besteht, die Reviere auch künftig rund um die Uhr geöffnet zu halten, wird zeitnah zu entscheiden sein. Ihnen ist unsere Auffassung sicherlich bekannt. Wir meinen, dass im Notfall die Polizei besser zu den Bürgern kommt und nicht die Bürger nachts Polizeireviere aufsuchen. Dennoch kommt es uns natürlich darauf an, dass die Polizei für den Bürger jederzeit erreichbar ist. Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten müssen so im Land eingesetzt werden, dass sie in Notsituationen schnell vor Ort sein können.

In diesem Jahr wird die Evaluierung der Polizeistrukturereform erfolgen. Diese werden wir auswerten und im Anschluss daran in Gesprächen mit Gewerkschaftsvertretern und anderen Betroffenen zu prüfen haben, an welchen Stellen Nachsteuerungsbedarf besteht.

## Professionelles Gesundheitsmanagement

Wir erachten es als problematisch, dass unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten unter einem so hohen Krankenstand leiden, und wollen gerne helfen, diesen Zustand zu ändern. Die Einführung eines professionellen Gesundheitsmanagement halte ich für ein sehr wichtiges Instrument, über dessen Ausgestaltung wir im Rahmen der Evaluierung der Polizeireform dringend reden müssen.

## Rückführung der ausgelagerten Aufgaben von BLB und ZIT

Zu der Ausgliederung und Überführung von Aufgaben an den BLB und der polizeispezifischen IT-Anwendung zum Zentralen IT-Dienstleister können wir keine abschließende Stellungnahme abgeben. Dies wird auch ein Aspekt sein, der im Rahmen der Evaluierung der Polizeistrukturenform eine Rolle spielt. Letztlich kann es nicht hingenommen werden, dass sich die Servicezeiten und Leistungen spürbar verschlechtern. Wir werden darauf ein besonderes Augenmerk legen und im Nachgang der Reformevaluierung zu entscheiden haben, ob hier eine Korrektur erfolgen muss.

Für Rückfragen und vertiefende Gespräche stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit herzlichen Grüßen



Klaus Ness MdL